

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

die Straßenausbaubeiträge in Bayern sind dank der FREIEN WÄHLER Geschichte. Doch nun droht Straßenanliegern im Freistaat neues Ungemach – durch Ersterschließungsbeiträge für Uralt-Straßen. Hier geht es konkret um Straßen, deren technische Herstellung vor mehr als 25 Jahren begann, aber „offiziell“ noch nicht beendet wurde. Die Anlieger müssen fürchten, horrenden Summen für die Ersterschließung dieser Straßen zu zahlen – oft bis zu 90 Prozent der Kosten. Eine Verjährungsfrist gibt es zwar, diese tritt aber erst am 1. April 2021 in Kraft. Wir FREIEN WÄHLER wollen erreichen, dass diese Regelung bereits zum 1. Januar 2018 rückwirkend in Kraft tritt. Denn die jetzige Regelung würde in den kommenden Jahren großen politischen und juristischen Ärger verursachen. Nach dem Aus der „Strabs“ stehen die Gemeinden vor einer neuen Situation, auch weil die Ersatzfinanzierung des Freistaats Bayern immer noch nicht angemessen geregelt ist. Wir fordern daher, Kommunen einen staatlichen Zuschuss für Straßen zu gewähren, die vor mehr als 25 Jahren technisch hergestellt wurden und jetzt zur Sanierung anstehen. Der Freistaat darf die Gemeinden nicht länger bei den Bürgern zum Betteln schicken, sondern muss ihnen selbst genügend Mittel zur Verfügung stellen. Ministerpräsident Söder verteilt zurzeit ein Wahlkampfgeschenk nach dem anderen: Weltraumprogramm, Reiterstaffel, 1.000 Euro für dies und das. Nun sollten auch die Gemeinden von Söders Investitionswahn profitieren. Es ist doch geradezu grotesk, dass man hier nicht endlich reinen Tisch macht und die Kommunen von dieser großen Last befreit. Die Bürger müssen vor weiteren Schock-Beitragsbescheiden bewahrt werden und



*Florian Streibl, MdL
Parlamentarischer
Geschäftsführer*

Kommunen für die wegfallenden Straßenausbaubeiträge vollumfänglich entschädigt werden. Wir FREIE WÄHLER wollen das Kommunalabgabengesetz deshalb ab Oktober entsprechend ändern, nachdem die noch alleinregierende CSU gemeinsam mit Rot-Grün unsere Vorstöße im Landtag abgelehnt hat.

R ü c k b l i c k

Immer unverhohlener zieht die CSU kurz vor der Landtagswahl in Bayern Forderungen der FREIEN WÄHLER hervor, welche die Christsozialen in den Jahren zuvor immer strikt abgelehnt hatten. Bereits im Juli 2017 forderten wir in einem Dringlichkeitsantrag die **Wiedereinführung der Meisterpflicht** in den Berufen, in denen es infolge der Abschaffung des Meistertitels 2004 große Probleme gab – beispielsweise bei Fliesen- oder Estrichlegern. Das wurde leider von der CSU abgelehnt! Kurz vor der Wahl fordert die CSU jetzt plötzlich selbst die Wiedereinführung der Meisterpflicht in vielen Handwerksbereichen. Dabei ist sie seit Jahren auf Bundesebene in Regierungsverantwortung und hatte damit alle Möglichkeiten, dies längst aufzugreifen. Doch unserer politischen Forderung im Landtag wollte sie sich nicht anschließen. Das ist ein Höchstmaß an Wählertäuschung und Schaumschlägerei. Das Handwerk wird hier seitens der CSU zu Wahlkampfzwecken missbraucht und im politischen Tagesgeschäft im Stich gelassen.

Es ist erfreulich, dass der Druck von Verbänden, Betroffenen und FREIEN WÄHLERN erfolgreich war und das **Schulgeld für Physiotherapeuten in Bayern endlich abgeschafft wird**. Noch im Frühjahr hatte die CSU einen Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER abgelehnt, der forderte, auf das Schulgeld für Schülerinnen und Schüler der Physiotherapie, Ergotherapie und Logopädie in Bayern zu verzichten. Die Christsozialen haben den Ernst der Lage seinerzeit völlig verkannt – es sollte abgewartet werden, dass der Bund entsprechende Regelungen erlässt. Wieder einmal hat sich damit gezeigt, dass die FREIEN WÄHLER als Motor der bayerischen Gesundheitspolitik unverzichtbar sind. Die schnellstmögliche Abschaffung des Schulgelds für Heilmittelerbringer ist ein effektives Mittel, um dem Fachkräftemangel in diesem Bereich zu begegnen.

Die FREIEN WÄHLER sind überzeugt: Der Freistaat hätte die **33.000 Sozialwohnungen der GBW** im Jahr 2013 selbst kaufen können – für den damaligen Finanzminister Söder kam eine Übernahme in Staatsbesitz allerdings nie in Frage. Selbst der externe Rechtsberater der Staatsregierung zeigte einen rechtlich einwandfreien und risikofreien Weg für den Erwerb der Wohnungen durch den Freistaat auf. Bayern hätte zwei unabhängige Wertgutachten erstellen lassen und den hierdurch errechneten Wert der GBW als Gebot abgeben müssen. Damit hätte der Freistaat gegenüber der EU-Kommission den Vorwurf ausräumen können, zu viel – oder zu wenig – gezahlt zu haben. Ein im Raum stehendes weiteres Beihilfeverfahren wäre ausgeschlossen worden. Unser Fazit: Dieser rechtlich einwandfrei gangbare Weg für den Kauf der GBW-Wohnungen wurde von Söders Finanzministerium offensichtlich ignoriert. Es fehlte schlichtweg der Wille, die GBW durch einen Eigenerwerb sicher in öffentlicher Hand zu halten. Der Verkauf war damit eine bewusste politische Entscheidung Söders und kein rechtlicher Zwang aus Brüssel. Söder und die CSU haben die Öffentlichkeit damals zur Rettung ihrer eigenen Haut bewusst getäuscht.

Nach den Plänen des bayerischen Ministerrats soll innerhalb der kommenden fünf Jahre ein **Rechtsanspruch auf einen Pflegeplatz** geschaffen werden. Das ist – so kurz vor der Landtagswahl – ein wenig durchdachtes Vorhaben. Denn völlig unklar bleibt, woher die Pflegefachkräfte dafür gewonnen werden sollen. Bereits jetzt klafft eine Versorgungslücke und der Bedarf an Pflegeleistungen wird wegen der demographischen Entwicklung weiter ansteigen. So prognostizierte der „Pflegerreport 2030“ der Bertelsmann Stiftung, dass die Zahl der Pflegebedürftigen bis zum Jahr 2030 um 50 Prozent steigen wird. Die von der Staatsregierung angekündigte Nachwuchskampagne ist angesichts dieser Zahlen nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die häusliche Pflege wurde wieder einmal völlig vergessen – und das, obwohl rund 70 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause gepflegt werden. Die Pflege braucht wirksame Maßnahmen und keine undurchdachten Schnellschüsse. Wir FREIE WÄHLER fordern eine effektive Unterstützung pflegender Angehöriger, einen schnellen und deutlichen Ausbau der Kurzzeitpflegeplätze, bessere Rahmenbedingungen für Pflegekräfte und eine Pflegekammer. Wir brauchen ein schlüssiges Konzept zur Gewinnung von

Pflegekräften – doch dazu kam bisher von der Staatsregierung gar nichts. Jeder soll selbst entscheiden können, wie er im Alter gepflegt wird: Ob zu Hause, in einer Wohngruppe oder in einem Pflegeheim!

Die CSU macht mit ihrem **Familiengeld** jetzt genau das, was sie beim Kindergeld heftig kritisiert hat: explodierende Zahlungen für im Ausland lebende Kinder. Statt sich um eine finanzierbare Kinderbetreuung für Familien in Bayern zu kümmern, schafft die CSU nunmehr eine weitere unausgeglichene Sozialleistung, die Bayern schadet. Die Staatsregierung setzt mit dem Familiengeld auf eine Transferleistung, die aufgrund des Europarechts nicht an Bayern gebunden bleibt: Söders Familiengeld ist das falsche Werkzeug für ein wichtiges Problem in Bayern. Gerade deshalb setzen wir FREIE WÄHLER uns für eine kostenlose Kinderbetreuung in unserer Heimat ein. Durch sie erfolgen keinerlei Zahlungen ins Ausland und eine qualitativ hochwertige Betreuungsleistung kommt direkt allen Kindern zugute, die bei uns in Bayern leben.

Impressum

Florian Streibl, MdL
Othmar-Weis-Straße 5
82487 Oberammergau
Tel: 08822/935282
Fax: 08822/935287

E-Mail: info@florian-streibl.de Homepage: www.florian-streibl.de